„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.
Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Grund zu Optimismus?

Im Gegensatz zu zahlreichen pessimistischen Aeußerungen über die Möglichkeiten und Aussichten des Weltweizenmarktes tritt uns aus dem sogenannten Monatsbrief der „Royal Bank of Canada" eine mehr zuversichtliche Beurteilung der Lage entgegen. Schon die Einleitung läßt diese Auffassung erkennen. Es heißt dort:

„Die Weltweizenernte der gegenwärtigen Saison wird beträchtlich geringer sein als die des letzten Jahres. Es ist anzunehmen, daß in dem großen Ueberschuß von früheren Ernten, der lange den Weizenmarkt überschattet hat, eine wesentliche Verminderung eintreten wird. Die zunehmende Erkenntnis dieser günstigen Bedingungen hat eine Beschleunigung der Nachfrage seitens der Einfuhrländer und die kürzliche Aufwärtsbewegung der Weizenpreise verursacht. Canada war an der Zunahme der Weizensendungen beteiligt, und die Weizenausfuhren sind größer gewesen als seit vielen Monaten.

„Der Rückgang in der Ernte dieser Saison ist besonders bemerkenswert in Canada, Argentinien und Australien gewesen, also in drei der Hauptausfuhrländer der Welt. Im vierten, den Vereinigten Staaten, ist eine geringe Zunahme zu verzeichnen, doch deutet alles darauf hin, daß in der Gesamternte dieser vier Länder ein Ausfall von etwa 150 Millionen Buschel zu verzeichnen ist."

Am meisten muß uns in Canada der Stand der Weizenernte Europas interessieren, das immer noch unser Hauptabnehmer ist und wohl auch auf absehbare Zeit bleiben wird. Unter dem Drucke der Kriegstribute, der sogenannten Reparationen, der Kriegsschulden, der dadurch verursachten gewaltigen Steuerlasten und hohen Schutzzölle sahen sich die europäischen Länder gezwungen, sich auf dem Gebiete der Volksernährung vom Auslande und insbesondere von außereuropäischen Produzenten unabhängig zu machen. Dazu kam noch in immer weiteren europäischen Kreisen das Empfinden, als wollten gewisse Gruppen von überseeischen Weizeninteressenten ihre verhältnismäßig günstige Stellung auf dem Weizenmarkt dazu ausnützen, den europäischen Käufern möglichst hohe Preise geradezu zu diktieren. Die Folge davon war, daß die europäischen Länder im letzten Winter begierig zugriffen, als ihnen Rußland seinen Weizen zu außerordentlich billigen Preisen anbot. Nach dem Bericht der Royal Bank hat Rußland im Jahre 1930 von einer Gesamternte im Betrage von 1,084 Millionen Buschel 94 Millionen Buschel exportiert, während die diesjährige russische Ausfuhr bis Ende November sich schon auf 60 Millionen Buschel belaufen hat.

Die Weizenproduktion Europas (ausgenommen Rußland) wird auf 1,386 Millionen Buschel geschätzt, was einer Zunahme von 25 Millionen gegenüber dem Vorjahr entsprechen würde, doch soll eine große Menge des diesjährigen europäischen Weizens für Mahlzwecke ungeeignet sein. Als wesentlich geringer wird die europäische Roggenernte bezeichnet, deren Rückgang in Deutschland sich auf 25 Millionen und in Polen sogar auf 60 Millionen Buschel belaufen soll. Die gesamte europäische Roggenernte soll um 140 Millionen Buschel gefallen sein.

Die Royal Bank beruft sich auf die Schätzungen Broomhalls, wonach Kontinentaleuropa etwa 320 Millionen Buschel, Großbritannien ungefähr 248 Millionen Buschel und die übrigen Länder annähernd 208 Millionen Buschel benötigen werden. Demnach wären insgesamt 776 Millionen Buschel zur Deckung des Weizenbedarfs erforderlich. Dem steht heuer ein Gesamtüberschuß an Ausfuhrweizen in Höhe von 968 Millionen Buschel gegenüber, während es im letzten Jahr 1,132 Millionen Buschel waren.

Alle Weizenfarmer Canadas würden sich gewiß mit uns von Herzen freuen, wenn die Hoffnung auf Herstellung eines besseren Ausgleichs zwischen Angebot und Nachfrage sich in Bälde verwirklichen wollte. Das würde ohne Zweifel den Mut und die Zuversicht in allen Volksschichten des canadischen Westens, der in hervorragendem Maße von der Landwirtschaft abhängt, bedeutend heben und zu einer allgemeinen Belebung der Geschäftstätigkeit beitragen. Solange aber die Weizenpreise sich auf der bisherigen niedrigen Stufe halten, scheint uns der Optimismus im Monatsbericht der Royal Bank noch etwas verfrüht zu sein.

Wie Polen sich die Abrüstung denkt.

Polen hat seinen Rüstungsstand unlängst in seiner Note an das Generalsekretariat in Genf bekannt gegeben. Die Vorgeschichte dieses verspäteten Bekenntnisses ist bekannt. Es war ein langwieriges und hartnäckiges Versteckenspiel der beiden Militärmächte Rußland und Polen. Keiner wollte — in höflicher Zurückhaltung — in der Rüstungsoffenlegung seinem geschätzten Nachbar zuvorkommen. Schließlich hat dann Rußland seine Zahlen eingeschickt, aber unter der Bedingung, daß sie erst auf der Abrüstungskonferenz der Oeffentlichkeit bekanntgegeben werden sollen. Ein Ausweg war für Polen nicht leicht. Schließlich einigte man sich kurz vor der letzten Genfer Tagung dahin, daß zwischen Moskau und Warschau privat ein gegenseitiger Austausch der Rüstungszahlen stattfand, worauf Polen erleichtert doch noch dem Genfer Saldoton Rechnung tragen und vor Terminschluß seine Denkschrift einreichen konnte.

In diesem Dokument interessiert vor allem das Begleitschreiben des polnischen Außenministers. In sachlicher Offenheit erklärte nämlich Herr Zaleski, daß der gegenwärtige Rüstungsstand Polens keineswegs der Sonderstellung Polens als „feindumringte" östliche Großmacht entspreche. Nur die wirtschaftliche Mißlage habe bisher noch die Erreichung einer wesentlichen Herabsetzung der polnischen Bereitschaft verhindern können. „Die Folgen des historischen Unrechtes" nennt Zaleski die bedauerliche Geringfügigkeit des polnischen Rüstungsstandes. Mit anderen Worten, Polen kündigt die unbedingte Notwendigkeit seiner weiteren Aufrüstung an. Das ist, auf eine klare Formel gebracht, die polnische Ouvertüre zur Abrüstungskonferenz. Man hat in Polen demnach auch in der Genfer Umgangssprache von seinem großen westlichen Schutzherrn gelernt. Um zumindest und unter allen Umständen den gegenwärtigen Rüstungsstand im Laufe der kommenden Abrüstungskonferenz unversehrt zu halten, kündigt man zunächst einmal Rüstungssteigerung an, um sich dann, ganz nach Pariser Art, großmütig und opferbereit etwas abhandeln zu lassen bis zur Grenze des gegenwärtigen Rüstungsstandes. Mit dieser sehr einfachen, aber voraussichtlich auch durchschlagenden Taktik wird man also auf der Abrüstungskonferenz gegenüber Polen zu rechnen haben.

W. Post.

Um das ehemalige Deutsch-Ostafrika.

Im Kampf um die zweite und endgültige Annexion Deutschostafrikas durch England ist durch den Spruch der englischen überparteiischen Ostafrikakommission endlich die Entscheidung zugunsten des bestehenden Zustandes gefallen, schreibt die „Magdeburgische Zeitung." Das ehemalige deutsche Schutzgebiet bleibt als Mandat und selbständiges Gebiet erhalten. Die Verschmelzungspläne werden abgelehnt, ebenso die Einsetzung eines Generalgouverneurs für die drei Gebiete Kenya, Uganda und Deutschost. Damit sind die Akten eines sehr gefährlichen Prozesses geschlossen, der 1925 mit der ersten, privaten Ostafrikakonferenz in Neu-Langenburg begann und darauf hinauslief, ein großes Gesamtostafrika zu schaffen, dessen Kern das frühere deutsche Schutzgebiet sein sollte. Man wollte dadurch die 1919 geschaffene Tatsache endgültig machen und gleichzeitig verhindern, daß gewisse englische Ostafrikagebiete, wie etwa Süd- und Nordrhodesien, nach Südafrika abtrifteten, weil die Sympathien der weißen Siedler zu den Burenstaaten neigen, wo eine konsequente Politik des „Weißen-Mann-Landes" getrieben wird, während London eher eine negerfreundliche Tendenz zeigt. Es waren vor allem die Kenya-Weißen, die es auf Deutschost abgesehen hatten. Dort treibt die Mandatsverwaltung eine Eingeborenenpolitik, die der Kenyas strack entgegenläuft. Man hoffte nun, in einem Dominion Ostafrikas das Heft in die Hand zu bekommen und sich mehr auf der Linie der weißen Tochterstaaten zu entwickeln. Außerdem reizten die fruchtbaren und gesunden Hochlandgebiete Deutschosts, besonders um den Kilimandscharo herum. Aber dieser Schuß ging nach hinten los. Die Hilton-Young-Kommission, die 1928 Ostafrika besuchte, legte ein so eingeborenenfreundliches Programm vor, daß es in Ostafrika glatt abgelehnt wurde. Eine zweite Kommission unter Sir Samuel Wilson vermied diese Gefahr, aber die Labor-Regierung nahm die Eingeborenenpolitik wieder auf, und so hörte der darauf eingesetzte Untersuchungsausschuß aus aller — weißer und schwarzer, amtlicher und privater — Zeugen Mund ein Nein. Heute will man nicht mehr etwas von Verschmelzung wissen, und vor allem haben sich die Eingeborenen mit aller Macht dagegen gesträubt. Wenn der Bericht des Ausschusses schließlich auch anerkennt, daß die alten Pläne eine wesentliche Aenderung des Mandatscharakters bedeuten, welche ohne Zustimmung des Völkerbundsrates nicht vorgenommen werden können, so darf man auch diese Tatsache zu den Akten nehmen. Einstweilen, und wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus, ist Ostafrika außer Gefahr, und es ist auch nicht anzunehmen, daß das neue Parlament und die neue Regierung trotz ihres Torygesichtes anders beschließen werden. Für Deutschland freilich sind die ostafrikanischen Akten noch nicht geschlossen — sie gehören mit zu der großen Wiedergutmachungsrechnung, die eines Tages doch noch präsentiert werden wird.

Weltumschau

Dr. Held gegen Zahlung der Tribute. Der bayrische Ministerpräsident Dr. Held erklärte kürzlich: „Wie die Dinge heute stehen, können wir den Youngplan nicht vollziehen, aber um des Rechts und Vertrauens willen erkennen wir an, daß wir die Privatschulden der deutschen Wirtschaft an das Ausland zahlen müssen. Wir können aber nicht zugeben, daß die politischen Schulden vor den Privatschulden bevorzugt werden. Der Krieg muß endlich aus sein. Wir sind bereit, die Privatschulden im Ausland unter Bedingungen, die uns Weiterleben ermöglichen, abzudecken, nicht aber weitere Tribute zu zahlen. Nicht deshalb, weil wir nicht wollen, sondern weil wir einfach nicht können. Wir sind bereit zur Verständigung, aber wir sind nicht bereit, uns opfern zu lassen. Das ist der Erfolg der Regierung Brüning, daß eine große Reihe der Siegerstaaten nach und nach die wirkliche Lage Deutschlands erkannten und merkten, wie groß die Gefahr für sie selbst aus dieser Lage würde. Jetzt ist der psychologische Augenblick da, wirklich deutsche Politik nicht als Gewaltpolitik, sondern als Kunst zu treiben, um aus der Enge in die Freiheit und aus der Verschuldung in die unabhängige Wirtschaft zu kommen. Wir müssen die Wiederherstellung des politischen und wirtschaftlichen Gleichgewichtes in der Welt erreichen."

Weitere Erklärungen Hitlers. Während des ganzen Interviews mit Vertretern der Auslandspresse, über das im letzten „Courier" schon teilweise berichtet worden ist, machte Hitler den Eindruck eines Mannes, der sicher ist, daß er sich durchsetzen wird. Ein Beispiel für seine absolute Zuversicht gab die Diskussion der angeblich hochverräterischen Dokumente, die kürzlich von der hessischen Polizei in Darmstadt beschlagnahmt wurden.

„Wir sind dicht davor, die Macht zu übernehmen," sagte Hitler. „Es ist nur eine Frage von Monaten, — vielleicht nur noch Wochen. Wir werden so sicher zur Macht gelangen, wie Sie, meine Herren, jetzt in diesem Zimmer sitzen. Warum sollten wir da illegal vorgehen, wie die Opposition auf Grund der Darmstädter Dozumente von uns behauptet?"

„Nehmen wir an, daß Sie auf legalem Wege die Macht ergriffen haben," wurde Hitler gefragt. „In welchem Verhältnis werden dann Ihre Sturmabteilungen zur Reichswehr und Polizei stehen?"

„Unsere Sturmbataillone," erwiderte Hitler, „zeichnen sich durch unübertroffene Disziplin aus und werden eine zuverlässige politische Organisation bleiben und ein sicheres Bollwerk gegen den Bolschewismus sein."

„Wenn Sie in Erwägung ziehen, daß die Reichswehr nur aus 100,000 Mann und die Polizei aus 80,000 Mann besteht und wenn Sie weiter bedenken, daß Deutschland heute von sechs bis sieben Millionen Kommunisten zählt, dazu zwei bis drei Millionen Sozialdemokraten hat, die bald Kommunisten sein werden, so können Sie sehen, wie notwendig unsere Sturmabteilungen sind.

„Ich bin durch eine kommunistische Revolution hindurchgegangen — die bayerische — und weiß, wie wenig man sich auf Truppen und Polizei verlassen kann. In einem politischen Kampfe würde ich mich zur Abwehr des Bolschewismus lieber auf meine 300,000 Sturmtruppen verlassen, als auf Polizei und Armee."

Auf die Frage, ob seine Legionen zu bewaffneten Hilfstruppen werden würden, wie die Faschistentruppen in Italien, erklärte Hitler: „Abgesehen von der Tatsache, daß dies unter dem Versailler Vertrage nicht zulässig ist, möchte ich erklären, daß unsere Sturmtruppen nur eine rein politische Rolle zum Zwecke der Aenderung des gegenwärtigen Regimes spielen werden. Nein, es besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen unseren Sturmabteilungen und einer Armee."

Hitler wies nachdrücklich die Verantwortlichkeit für die Darmstädter Dokumente von sich und bestritt, daß sie von ihm autorisiert worden seien.

„Die Darmstädter Dokumente sind das Werk von Privatpersonen, die vor einem Spitzel angestachelt wurden. Sie haben nichts mit der Parteileitung zu tun," schloß der Führer der Nationalsozialisten.

„Die entscheidende Frage ist: wer führt diese Bewegung? Dieser Führer bin ich."

Studium des Reparationsproblems. Das von der Bank für internationalen Zahlungsausgleich einberufene Youngplankomitee zum Studium des Reparationsproblems hat in Basel die Sitzungen begonnen und sich organisiert. Nachdem Walter W. Stewart, das amerikanische Mitglied des Komitees, das Amt des Vorsitzenden abgelehnt hatte, wurde Alberto Beneduce von Italien für den Posten erwählt.

Professor Beneduces Wahl war angeblich ein Kompromiß, da Frankreich die Leitung der Sitzungen dem Belgier Emile Francqui zuschieben wollte. Stewarts glatte Ablage verzögerte die Eröffnung der Diskussion, bis der Kompromiß erreicht wurde.

Der Vertreter Amerikas soll den Bankiers erklärt haben, daß es Zeit für die Europäer sei, selbst den Vorsitz des Reparationskomitees zu übernehmen und von dem Brauche abzusehen, einem Amerikaner dieses Amt zu geben. Stewart soll weiter gesagt haben, daß er nicht gewohnt sei, Reparationsfragen zu behandeln. Seine Ablehnung wird jedoch trotzdem allgemein dahin ausgelegt, daß Amerika ungebunden bleiben will.

Die Wahl des Vorsitzenden und der vier zusätzlichen Mitglieder der Kommission, die unter den Bestimmungen des Youngplanes zulässig sind, ging nicht ohne Schwierigkeiten vor sich. Dem Vernehmen nach wehrte sich Frankreich gegen die Wahl von Mitgliedern aus Holland, Schweden und der Schweiz und suchte Vertreter von Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei durchzusetzen. Die Wahl für zusätzliche Komiteemitglieder fiel schließlich auf Georg Tjuritsch, Südslawien; Otto Rydeck, Schweden; R. G. Bindscheller, Schweiz; und Hendruk Colijn von Holland.

Die sieben regulären Mitglieder des Ausschusses sind: Walter W. Stewart, Vereinigte Staaten; Professor Charles Rist, Frankreich; Emile Francqui, Belgien; Sir Walter Layton, Großbritannien; Dr. Carl Melchior, Deutschland; M. B. Nohara, Japan und Professor Alberto Beneduce von Italien.

Englands schwierige Wirtschaftslage. Großbritannien, das früher die führende Industrienation der Welt war, versucht gegenwärtig, seine verlorene Stellung wiederzugewinnen. Walter Runciman, der Präsident der Handelsbehörde, stellt die Sachlage allerdings viel ernster dar. Er erklärte vor dem Unterhaus, die Regierung verfolge das Ziel, „britischen Handel und britische Industrie zu retten."

Leute, die jetzt noch leben, können sich erinnern, daß das Land so viel Eisen und Stahl exportierte, als die übrige Welt zusammen. Heute steht England in der Produktion dieser Produkte an vierter Stelle, hinter den Ver. Staaten, Deutschland und Frankreich, und in jedem Monat seit dem September 1930 übertrafen Eisen- und Stahlimporte in das Land die Ausfuhr.

In fast allen Industriezweigen Großbritanniens ist die Lage ähnlich. Die zunehmende Anzahl der Konkurrenten, der Verlust von Absatzgebieten an Neufvale während des Krieges, und die Kosten britischer Produktion infolge der hohen Besteuerung und der Gewerkschaftsregulationen trugen zu dieser Lage bei.

Trotzdem spricht Stanley Baldwin, einer der bedeutendsten Politiker Englands: „Ein Fünfjahrplan nach dem Vorbild des russischen kann in England nie durchgeführt werden. Ich würde lieber sterben als solch einen Plan sehen. Nichts wird die Engländer je zu einer Nation von Maschinenmenschen machen. Dazu sind wir nicht geeignet. Wir Engländer waren stets eine Nation nürrender Gesellen und werden es hoffentlich immer bleiben."

Die Regierung verpflichtete sich in ihrem Wahlprogramm dazu, Zollsätze festzusetzen, um Güter auszuschließen, die in genügender Menge und von entsprechender Qualität im Inland hergestellt werden könnten. Industrielle sind sich jedoch absolut nicht darüber klar, welche Auswirkungen ein allgemeiner Zoll haben würde. Sie weisen darauf hin, daß neue Prosperität gegenwärtig wie immer von der Kaufkraft fremder Nationen abhängt. Viele befürchten, daß, wenn die Zollpolitik der Regierung nicht genau ausgedacht wird, eine ungünstige wirtschaftliche Reaktion die Folge sein muß. Kohlenproduzenten befürchten z. B., daß das Ausland sich gegen den Kauf englischer Kohle wenden wird, wenn England andere Güter ausschließt. Die Regierung hat es sich jedoch ausdrücklich zum Ziel gesetzt, die Ausfuhr zu steigern.

Mussolini opfert Generalsekretär. Auf dem Altar freundschaftlicherer Beziehungen zwischen Kirche und Staat wurde der Generalsekretär der Faschistenpartei, Giovanni Giuriati, von Mussolini geopfert. Giuriati trat von dem zweitmächtigsten Posten des Faschistenregimes zurück und wird ihn mit einer kurzen feierlichen Zeremonie im Venezian-Palast an jenen bisherigen Stellvertreter, Achille Starace, abgeben.

Mussolini hat die bittere Pille für Giuriati durch eine amtliche Mitteilung versüßen lassen, in welcher gesagt ist, das Oberhaupt des Staates habe Giuriatis Rücktrittsgesuch mit großem Bedauern und nur deshalb angenommen, weil Giuriati „darauf bestanden" hätte. In der Mitteilung werden ferner die großen Verdienste anerkannt, welche sich Giuriati um die Faschistenpartei erworben hätte, namentlich bei der Organisierung des Verbandes der jungen Faschisten und der sozialen Wohlfahrtsbestrebungen, die jetzt in allen Gauen Italiens im Gange seien. Auch die von ihm ausgegangene Einstellung aller Regierungsbeamten in die Faschistenpartei wird lobend hervorgehoben.

Es ist aber ein öffentliches Geheimnis, daß die im September erfolgte Einigung zwischen dem Papst und Mussolini nur dadurch zustande kam, daß man sich beiderseitig verpflichtete, die Männer zu entlassen, welche das meiste dazu beigetragen hätten, den Streit über die „katholische Aktion" heraufzubeschwören und zu schüren. Der Pater Enrico Rosa mußte die Leitung der katholischen Verlagsanstalt niederlegen, und man sah damals schon den Rücktritt Giuriatis voraus, weil er es gewesen war, der eine Hetzrede gegen die katholische Aktion gehalten und nach Ansicht des Papstes die Ueberfälle auf die Gebäude des katholischen Klubs in Rom veranlaßt hatte. Mussolini wartete aber eine Weile mit der Absägung Giuriatis, um den Schein einer Kapitulierung vor dem Willen des Papstes zu vermeiden und sich auch vorerst davon zu überzeugen, wie das Septemberabkommen sich bewähren würde. Giuriati war einer der Teilnehmer an dem Handstreich auf Fiume und seit Jahren ein treuer Anhänger Mussolinis. Er bleibt Präsident der Deputiertenkammer.

Der neue Generalsekretär Starace, der 42 Jahre alt ist, machte den Marsch nach Rom als Führer der Venetianer und Trentiner mit, hat den Rang eines Generalleutnants der Schwarzhemden, war von Anbeginn an (seit 1921) stellvertretender Sekretär der Faschistenpartei und vertritt einen apulischen Wahlkreis in der Deputiertenkammer.

Eröffnung des amerikanischen Parlaments. Der 72. Bundeskongreß der Vereinigten Staaten ist am 7. Dezember ins Dasein getreten. Die Hämmer der Vorsitzenden fielen um diese Zeit sowohl im Senat wie im Hause, als Zeichen des Beginns der wichtigsten nationalen Gesetzgebung seit dem Kriegsende. Bis zu dem Tage, an dem im späten Frühjahr oder im Sommer die Tagung ihr Ende erreicht haben wird, werden die mehr als fünfhundert Männer und Frauen in beiden Häusern sich über höhere Steuern, ein Schuldenmoratorium für Europa, neue Pläne für die Finanzierung von Korporationen und die Erleichterung des Heimbesitzes für Millionen von Amerikanern aussprechen.

Gleichzeitig mit der Eröffnung des Kongresses zogen mehr als tausend Teilnehmer an einem „Hungermarsche" in kleineren und größeren Gruppen gegen das Kapitol, wo sie im Hause und im Senat nach einer Gelegenheit suchten, ihr Anliegen vorzutragen. Sie suchen Geld für ihre eigene Ernährung und die ihrer Familien zu erlangen.

William Tyler Page, der Clerk des Repräsentantenhauses, rief diese Körperschaft zur Ordnung, während Vizepräsident Curtis im Senat den Vorsitz führte. Im Hause war, es ein großer Tag für John Nance Garner, dessen Erwählung zum Sprecher erfolgte. Er wird Nachfolger seines verstorbenen republikanischen Freundes Longworth, da die Kontrolle des Hauses in die Hände der Demokraten übergeht.

Im Abgeordnetenhaus warteten 80 neue Vertreter und ein Delegat von Alaska darauf, den Eid abzulegen.

Das hervorstechende Merkmal des neuen Kongresses scheint vor allem die Unsicherheit zu bilden. Seine Mitglieder sehen sich infolge der herrschenden wirtschaftlichen Zustände mancherlei Schwierigkeiten gegenüber, die zu überwinden sich bisher als unmöglich erwiesen hat. Aus dem Volke daheim dringen immer mehr Klagen an ihre Ohren, so daß mancher der hier versammelten Volksdiener mit einem Gehalt von $10,000 im Jahre um seine Stellung zu bangen beginnt, wenn er nicht mit dazu beiträgt, daß der 72. Kongreß wirkliche Leistungen hervorbringt.

Brünings Mahnung an die Welt

(Fortsetzung von Seite 1.)

Deutschlands in der Reparationssache befestigt werden, erklärte Reichskanzler Heinrich Brüning.

Er sprach in dieser Weise zu einer Gruppe von 150 Zeitungskorrespondenten auf der ersten formellen Presse-Besprechung, die er seit der Uebernahme des Außenministerpostens abhielt.

„Wenn das Ausland sich Sorgen über das Wachsen des Nationalsozialismus macht, mag es sich daran erinnern, daß Weltereignisse und die politischen Forderungen, die Deutschland aufgebürdet wurden, zu 50 Prozent daran schuld sind.

„Ich bin fest überzeugt, daß, wenn die Welt die Gefahr des Nationalsozialismus so außerordentlich hoch einschätzt, sie mit einem Schlag diese Gefahr bannen könnte, indem sie Deutschland in einer Weise hilft, die dem Menschlichkeitsprinzip entspricht."

Er erklärte bestimmt, daß Deutschland jeden Versuch machen wird, **die Reparationslasten völlig abzuschütteln** und behauptete, daß dies der Welt ebensoviel wie Deutschland helfen würde.

„Ich wünsche nochmals vor Ihnen meine Bemerkungen zu unterstreichen," sagte er, „die ich über das Radio betreff Nationalsozialismus machte, insbesondere die über die Gesetzmäßigkeit desselben. Die Regierungen, sich nur auf sich selbst zu durch die Verfassung verliehene Autorität anzuwenden, falls man sich zu Gesetzwidrigkeiten hinreißen lassen sollte.

„Die Regierung hält die Zügel fest in der Hand. Ich spreche dabei nicht nur von mir selbst, sondern auch für den Reichswehr- und Innenminister."

Indem er die Rede auf den Notverlaß brachte, erklärte Dr. Brüning, daß, falls die Weltdepression und Zerrüttung weiter anhalte, andere Völker in die Fußstapfen Deutschlands treten werden.

Das deutsche Volk sieht sich jetzt gezwungen, sich nur auf sich selbst zu verlassen. Dies bedeutet die schwersten Opfer für das ganze Volk, erklärte der Kanzler, aber er war zuversichtlich, daß es die schwere Last tragen werde.

Schwerer Schlag für britische Schiffahrt.

Cunard-Linie stellt Bau ihres Riesenschnelldampfers ein.

London. — Der Entschluß der Cunard-Reederei, die Arbeiten an dem im Bau begriffenen Riesendampfer von 73,000 Tonnen einzustellen, mit dem man hofft, das „Blaue Band des Atlantik" von Deutschland zurückzugewinnen, hat in ganz Großbritannien eine gewaltige Enttäuschung hervorgerufen.

Zur Erklärung dieses Schrittes erließ die Gesellschaft ein Rundschreiben an die Aktionäre, in dem erklärt wird, daß nicht einmal die nötigen Gelder zur Deckung der Abnützung an alten Schiffen verdient würden, daß „der Rückgang im Passagier- und Frachtverkehr keine Grenzen zu haben scheine und der Ausblick auf 1932 deshalb äußerst ernst sei."

Die Arbeit an dem Riesendampfer hatte an den Ufern des Clyde bereits begonnen, ja der Stapellauf war schon auf nächsten Februar angesetzt. Mit dem größten und schnellsten schwimmenden Kolosse wurde gerechnet, dessen Kosten mit 4,500,000 Pfund veranschlagt worden sind.

Mit einem gewissen Stolz sah das britische Volk dem Stapellauf entgegen, natürlich ist die Enttäuschung um so größer. Die Bekanntgabe der Arbeitseinstellung rief eine ungeheure Sensation hervor. Ueber 3000 Arbeiter waren an dem Bau tätig und weitere Tausende der umliegenden Dörfer waren mit Herstellung des erforderlichen Materials und der Möbeleinrichtung beschäftigt.

Zunahme der französischen Bevölkerung.

Paris. — Die Gesamtbevölkerung Frankreichs ist, wie die vollständige Zusammenstellung der im vergangenen Frühling vorgenommenen Zählung ergibt, 41,834,923. Das Seine-Departement, worin Paris liegt, hat 4,933,855 Einwohner.

Der Bevölkerungszuwachs von ganz Frankreich seit 1926 betrug 1,091,076 und im Seine-Departement 305,218. In diesem letzteren gibt es 450,398 Ausländer.

Für englisch-russischen Handelsvertrag.

London. — Der Verband der britischen Handelskammern verlangt den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen England und Rußland.

Der Bericht sagt, daß Sowjetrußland in wenigen Jahren das größte produzierende Land der Welt sein und dann jedes andere Land unterbieten könnte.

Rußlands natürlicher Reichtum werde schnell erfaßt, sagt der Bericht weiter, und es sei unmöglich, Rußland trotz politischer Gegensätze aus dem Verbande der Nationen auszuschließen. Es wird ein Abkommen ähnlich dem russisch-italienischen Handelsvertrage empfohlen.

LUTHERAN MUTUAL AID SOCIETY
(Lutherische Gegenseitige Lebensversicherungs-Gesellschaft).
Gegründet 1879
Hauptbüro — Waverley, Iowa.
Lizensiert in 20 Staaten und 5 canadischen Provinzen.
Vermögen ..... über $3,000,000.00
Versicherungen in Kraft ..... über $32,000,000.00
Distriktsgeschäftsführer in Canada:
A. W. Roeder, 9102—115. Ave. Edmonton, Alta. Tel. 71331.
C. W. Schickendantz, 825 Mulvey Ave., Winnipeg, Manitoba, Canada.
Agent für Ontario:
G. P. Liefeld, 2433 Beals Ave., Detroit, Mich.